



Dr. Eva Högl
Wehrbeauftragte
des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung zum Jahresbericht 2022 (64. Bericht) 14. März 2023

Das Jahr 2022 hat für die Bundeswehr alles verändert. Die Truppe musste von einem Tag auf den anderen vom Friedensmodus in den Bereitschaftsmodus schalten. Russlands **Angriffskrieg** auf die Ukraine ist eine ernsthafte Bedrohung der europäischen Friedensarchitektur. Die **Landes- und Bündnisverteidigung** ist wieder Kernauftrag der Bundeswehr. Was nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Putin 2014 lange Zeit nur graue Theorie war, ist nun bittere Realität und dringende Notwendigkeit.

Die Bilanz ein Jahr nach der **Zeitenwende**: Das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, das der Deutsche Bundestag mit sehr breiter Mehrheit eingerichtet hat, um die vollständige Einsatzbereitschaft der Bundeswehr herzustellen, war richtig und notwendig. Genug ist das jedoch nicht. Zwar sind die ersten Projekte auf dem Weg. Doch bei unseren Soldatinnen und Soldaten ist 2022 noch kein Cent aus dem Sondervermögen angekommen. Ziel ist eine kaltstartfähige, vollständig einsatzbereite und gut ausgestattete Bundeswehr. Dafür braucht es eine dauerhafte ausreichende Finanzierung und veränderte Rahmenbedingungen.

Einsatzbereitschaft bedeutet mehr als Sondervermögen und Material. Einsatzbereitschaft bedeutet eine personell gut aufgestellte Bundeswehr. Einsatzbereitschaft bedeutet eine zeitgemäße Infrastruktur. Einsatzbereitschaft bedeutet klare Strukturen und schlanke Prozesse, die Wege beschleunigen anstatt zu bremsen. Und nicht zuletzt bedeutet Einsatzbereitschaft Mut und Verantwortungsbewusstsein, Entscheidungen zu treffen und umzusetzen. Und zwar auf allen Ebenen, zivil wie militärisch.

Beim **Personal** erfordern die neuen Aufgaben mehr denn je noch größere Anstrengungen. Bis zum Ziel, die Zahl der Soldatinnen und Soldaten auf 203.000 im Jahr 2031 zu erhöhen, ist es noch ein langer Weg. Zumal sich die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber im Jahr 2022 mit einem Minus von elf Prozent erheblich verringert hat. Zum Ende des Jahres betrug die Personalstärke 183.051 Soldatinnen und Soldaten, ein leichtes Minus gegenüber dem Vorjahr. Neben dem weiter steigenden Altersdurchschnitt macht auch die gestiegene Abbrecherquote Sorgen. Bei den Zeitsoldatinnen und -soldaten, die von Januar bis Mai 2022 ihren Dienst bei der Bundeswehr begannen, haben 27 Prozent von ihnen innerhalb der ersten sechs Monate Probezeit den Dienst wieder quittiert, im Heer waren es sogar fast 33 Prozent. Die Bundeswehr muss ihre bisherigen Anstrengungen zur Personalgewinnung nochmals massiv verstärken, um den steigenden Personalbedarf zu decken, denn die Ansätze der vergangenen Jahre haben die gesteckten Ziele nicht erreicht.

Eine Herausforderung bleibt, das Werben um **Frauen** zu erhöhen, denn hier besteht nicht nur ein hohes Potenzial, auch der Nachholbedarf ist groß. Die für alle Laufbahnen mit Ausnahme des Sanitätsdienstes durch das Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetz zu erfüllende Quote von 15 Prozent lag im Jahr 2022 bei 9,50 Prozent. Selbst inklusive des Sanitätsdienstes lag der Anteil der Soldatinnen nur bei 13,21 Prozent. Auch in Führungspositionen sind sie zu wenig vertreten: Nur 47 Frauen sind in der Besoldungsgruppe A16 und darüber.

Die für Personal Verantwortlichen müssen auch die sehr hohe **Einsatzbelastung** im Blick behalten. Zu viele und zu lange Einsatzzeiträume mit zu geringen Regenerationszeiten zwischen

den Einsätzen führen zu einer Überlastung und im schlimmsten Fall zu psychischen Belastungen. Ursache ist unter anderem die seit Jahren hohe Zahl unbesetzter Dienstposten.

Die **Beschaffung** muss mit mehr Nachdruck auf die Herausforderungen der Zeitenwende ausgerichtet werden. Es liegt nicht allein am Geld: Mittel müssen auch schneller in Gerät, Material und persönliche Ausrüstung fließen. Die sinnvolle und richtige Unterstützung der Ukraine hat die Situation weiter zugespitzt. Das abgegebene Material muss zügig ersetzt werden. Es dauert alles viel zu lang. Es gab viele positive Ansätze und Prüfaufträge, konkrete Entscheidungen und Umsetzungen standen zum Ende des Jahres noch aus. Die angestoßene Reform der Beschaffungsprozesse muss mit Hochdruck beschleunigt werden. Dafür braucht es veränderte Rechtsgrundlagen und mehr Transparenz durch einen stetig zu aktualisierenden Report über den Stand der Bestellungen, Ausgaben und Anschaffungen.

Das vom Bundeskanzler ausgerufene Deutschland-Tempo in Bezug auf Infrastrukturprojekte wie LNG-Terminals muss auch für die Bundeswehr gelten, es gibt immensen Nachholbedarf bei der **Infrastruktur**. Zu viele Kasernen in Deutschland sind in einem erbärmlichen Zustand. Wenn alles so bleibt wie bisher, würde es etwa ein halbes Jahrhundert dauern, bis die Infrastruktur der Bundeswehr komplett modernisiert wäre. Es braucht eine „konzertierte Aktion“ und Kraftanstrengung aller zivilen wie militärischen Beteiligten auf Bundes- und Länderebene.

Leider ist die Anzahl der Meldungen über Verstöße gegen die **sexuelle Selbstbestimmung** im Berichtsjahr mit 357 Meldepflichtigen Ereignissen gegenüber 303 im Vorjahr wieder angestiegen und übertrifft die Zahlen des letzten Jahres vor der Covid-19-Pandemie, während der sich die Anzahl verringert hatte. Eine bundeswehrinterne Untersuchung hat festgestellt, dass 80 Prozent der Betroffenen weiblich sind und ein Drittel der sexuellen Übergriffe unter Alkoholeinfluss geschieht. Das ist nicht hinzunehmen und beeinträchtigt die Einsatzbereitschaft. Jeder Fall ist einer zu viel und erfordert von Vorgesetzten ein konsequentes Einschreiten und Sanktionieren – zumal davon auszugehen ist, dass viele Fälle gar nicht von den Betroffenen angezeigt werden.

Rechtsextremismus bleibt weiter ein Problem, dem die Bundeswehr aktiv entgegen treten muss. Die Zahl der gemeldeten Fälle ist im Berichtszeitraum geringfügig zurückgegangen. Die seit Jahren verfolgte Null-Toleranz-Politik ist richtig.

Viele der im Jahresbericht aufgeführten Probleme sind seit Jahren bekannt und schon in früheren Jahresberichten enthalten. Getan hat sich seitdem erschreckend wenig. Jetzt, mehr denn je sollte der Jahresbericht Impuls für alle politischen und militärischen Verantwortlichen sein, an den hinlänglich bekannten Problemen zu arbeiten und sie Punkt für Punkt abzarbeiten. Unsere Soldatinnen und Soldaten begegnen der neuen Lage mit großer Professionalität. Ihnen ist bewusst, dass es jederzeit ernst werden kann und mitunter sehr schnell gehen muss. Sie haben es verdient, dass Mängel und Defizite abgestellt werden.